

Neokoloniale Landnahme

Ausverkauf der Existenz

**Verbesserte Infrastruktur, Schaffung
von Arbeitsplätzen, gesicherte Gesundheits-
versorgung – das sind die verheißungsvoll
klingenden Versprechen der Investoren, die sich
Land in den armen Staaten der Welt in großem
Stil aneignen. Die Realität sieht anders aus:
Menschenrechte bleiben oft auf der Strecke.**

Von Peter Clausing

Seit erstmals im Oktober 2008 Landraub, das heißt der Verkauf beziehungsweise die Verpachtung riesiger Flächen in den Ländern des Südens, durch einen alarmierenden Bericht der Nichtregierungsorganisation GRAIN (GRAIN, 2008) internationale Beachtung fand, ist viel geschrieben und gesagt worden. Damals wurde der Umfang der Landdeals auf 20 Millionen Hektar geschätzt. Inzwischen summiert sich die Fläche auf einen Wert zwischen 80 und 227 Millionen Hektar¹ – die große Spanne ergibt sich aus der fehlenden Transparenz bei diesen Geschäften (GRAIN, 2012). Während Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke einen Stopp des Landraubs fordern, betonen die Vertreter offizieller Institutionen, dass der Begriff Landraub zu kurz greife und die Chancen einer solchen Entwicklung nicht genügend berücksichtige. Die Weltbank, aber auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzten den Kauf von Land mit landwirtschaftlicher Entwicklung in investitionsschwachen Ländern gleich (The World Bank, 2011; BMZ, 2009). Dabei werden folgende Argumente immer wieder benutzt, um die Landnahme zu rechtfertigen:

- ▶ die Nutzbarmachung ungenutzten Landes,
- ▶ die Verbesserung der Versorgungssituation in den betroffenen Ländern,
- ▶ die Schaffung von Arbeitsplätzen und
- ▶ der Transfer von dringend benötigter Technologie.

Doch der Sonderberichtersteller der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, kritisiert, dass Begriffe wie „ungenutztes Land“ oft in manipulatorischer Absicht verwendet werden (De Schutter, 2010). Selbst die Weltbank muss einräumen, dass auf über einem Drittel der Flächen Agrotreibstoffe statt Nahrungsmittel produziert werden. Philipp Baumgartner vom Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn kam in seinen Recherchen zu einer positiven Nettobilanz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in der äthiopischen Provinz Gambella (Baumgartner, 2011). Die Ergebnisse stehen jedoch im krassen Widerspruch zu den dort stattfindenden Menschenrechtsverletzungen (HRW, 2012). Und was die „dringend benötigte Technologie“ betrifft, bezieht diese sich unisono auf eine Großflächenwirtschaft, die weder nachhaltig noch zur Ernährungssicherung notwendig ist.

Vertuschte Ungerechtigkeiten

Die bittere Realität: Bis Ende des Jahres 2013 werden in Äthiopien, das für seine umfangreiche Landvergabe an ausländische Investoren bekannt ist, 1,5 Millionen Menschen aus vier Regionen durch die Regierung zwangsumgesiedelt worden sein. Human Rights Watch (HRW) führte Interviews mit



Dr. Peter Clausing

Heideweg 21, D-14552 Wilhelmshorst
Tel. +49/33205/607983
pcl@jpberlin.de

¹ Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche der 27 EU-Länder beläuft sich auf rund 160 Millionen Hektar.

Die Gefahren für die Ernährungs- sicherung der Bevölkerung sind inzwischen nicht mehr zu ignorieren.

über 100 Betroffenen durch und konnte belegen, dass sich für die bisher Umgesiedelten keineswegs „der Zugang zur sozial-ökonomischen Infrastruktur (d. h. Verkehrsanbindung, Wasser, Abwasserentsorgung, Gesundheitsfürsorge, Bildung)“ verbessert hat, wie es von der äthiopischen Regierung behauptet wurde (HRW, 2012). HRW verweist darauf, dass internationale Geldgeber (Weltbank, EU und andere) zumindest indirekt an der Finanzierung der Maßnahmen beteiligt waren, sich aber mit der Begründung, es seien freiwillige Umsiedlungen, aus der Verantwortung stahlen. HRW dokumentierte willkürliche Verhaftungen von Menschen, die sich auf den Gemeindeversammlungen gegen die Umsiedlungen aussprachen. Diese erfolgten und erfolgen unter Aufsicht der Armee, wobei es zahlreiche Fälle von Vergewaltigungen und Misshandlungen sowie vereinzelt Tötungen gab. Die geräumten Gebiete wurden anschließend, zumindest teilweise, Investoren zur Verfügung gestellt.

Die Gefahren für die Ernährungssicherung der Bevölkerung von Ländern, deren oftmals ohnehin kritische Versorgungssituation verschärft wird, sind inzwischen nicht mehr zu ignorieren. Ihre Regierungen stellen ausländischen Investoren riesige Ackerflächen zur Verfügung. Die Weltbank begegnet dem durch einen Maßnahmenkatalog. Im Jahr 2009 entwarf sie sieben Prinzipien für „verantwortungsbewusste Agrarinvestitionen“, denen sich die Welternährungsorganisation und andere Institutionen anschlossen. Am Grundübel dieser Prinzipien, ihrer Unverbindlichkeit, hat sich bis heute nichts geändert, was aktuelle Berichte über die Vertreibung von Menschen und zahlreiche Landkonflikte in den betroffenen Ländern belegen.

Maßnahmen gegen Landraub

Die Minimalforderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein Moratorium für großflächige Landtransaktionen, verbunden mit einer umfassenden Analyse der Situation, auf deren Grundlage weitere Entscheidungen gefällt werden. Dass dies zumindest teilweise möglich ist, wurde in Laos gezeigt. Laos ist das erste Land, in dem eine flächendeckende Erfassung aller Landgeschäfte erfolgte (Schönweger et al., 2012). Es wurden Landgeschäfte für 1,1 Millionen Hektar ermittelt (5 % des nationalen Territoriums). Im Ergebnis dieser Analyse suspendierte der Premierminister im Juni 2012 die Konzessionen für Eukalyptus- sowie Kautschukprojekte mit dem erklärten Ziel, die derzeitigen Vergabeprinzipien zu überprüfen (ebd.). Auch

in Tansania wurden erste zaghafte Maßnahmen ergriffen. Nachdem bekannt wurde, dass im Jahr 2011 große Investoren an 60 Prozent der 1825 registrierten Landkonflikte beteiligt waren, beschränkte die Regierung die Größe der verpachteten Flächen auf maximal 5000 Hektar bei Reis und 10000 Hektar bei Zuckerrohr (Kiishweko, 2012).

Neben den unmittelbaren menschlichen Tragödien als Folge des Landraubs geht es auch um die grundsätzliche Frage, mit welcher Form von Landwirtschaft die neun Milliarden Menschen im Jahr 2050 ernährt werden können. Dass dies vom Ertragspotenzial durch bäuerliches Wirtschaften mit ökologischen Anbaumethoden möglich ist, wird durch eine rasch wachsende Zahl von Studien belegt (vgl. Übersicht bei De Schutter, 2011). In den Ländern des Südens werden mit ökologischen Anbaumethoden die Hektarerträge konventionellen Anbaus mindestens erreicht und der Gesamtoutput pro Fläche wird deutlich übertroffen. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Werden sich bäuerliches Wirtschaften und ökologische Methoden wie die Push-Pull-Technologie, die im subsaharischen Afrika 300 Millionen Menschen zugutekommen könnte, gegen die mit dem Landraub verbundene Großflächenproduktion behaupten können? Es gibt immerhin Hoffnung, dass die Agrarökologie seit einigen Jahren schnell Terrain gewinnt. ■

Literatur

- Baumgartner, P. (2011): **Erste Ergebnisse von Recherchen zu großflächigen Landvergaben in Äthiopien**. Vortrag bei der Fachtagung „Landrechte, Wasserrechte, Menschenrechte. Landpolitik in Äthiopien – Entwicklung oder Ausverkauf?“, 9./10. September 2011, Berlin
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2009): **Entwicklungspolitische Positionierung zum Thema: Großflächige Landkäufe und -pachten in Entwicklungsländern – „Land Grabbing“**. BMZ Diskurs 014. BMZ, Berlin/Bonn
- De Schutter, O. (2010): **Verantwortungsvolles globales Bauernlegen? Landnahme und Verhaltenskodex**. Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), 13.6.2010
- De Schutter, O. (2011): **Report submitted by the Special Rapporteur on the right to food**. A/HRC/16/49. United Nations, New York
- GRAIN (2008): **Seized! The 2008 land grab for food and financial security**. Grain Briefing, October 2008. GRAIN, Barcelona
- GRAIN (2012): **Responsible farmland investing? Against the Grain**, August 2012. GRAIN, Barcelona
- HRW (Human Rights Watch) (2012): **„Waiting here for death.“ Forced displacement and „villagization“ in Ethiopia’s Gambella region**. HRW, New York
- Kiishweko, O. (2012): **Tanzania takes major step towards curbing land „grabs“**. The Guardian, 21.12.2012
- Schönweger, O., A. Heinemann, M. Epprecht, J. Lu, P. Thalongsechanh (2012): **Concessions and leases in the Lao PDR. Taking stock of land investments**. Centre for Development and Environment (CDE), Universität Bern, Bern
- The World Bank (2011): **Rising global interest in farmland. Can it yield sustainable and equitable benefits?** The World Bank, Washington D.C.